

Brigitte Bargetz/Birgit Sauer (Wien)

Politik, Emotionen und die Transformation des Politischen. Eine feministisch-machtkritische Perspektive

Aktuelle Debatten über das Verhältnis von Politik und Gefühl sowie fundamentale Veränderungen von Demokratie und Politik, Schlagwort „Postdemokratie“, sind der Ausgangspunkt des vorliegenden Artikels. Darin werden die neuen Gefühlsdebatten als Symptome dieser gegenwärtigen Transformationen gefasst, weswegen auch, so die Annahme des Beitrags, eine neuartige Theoretisierung des Verhältnisses von Politik und Gefühl notwendig wird. Der Fokus für eine solche Rekonzeptualisierung liegt dabei zum einen auf einer geschlechter- und machtkritischen Sicht, die die Dichotomie zwischen Politik und Gefühl als eine spezifische historische Macht- und Herrschaftskonstellation entlarvt. Zum anderen wird aufgezeigt, dass und wie Gefühle nutzbar werden für eine Repolitisierung im Sinne einer emotionsbewussten Konzeptualisierung von Politik. Der Artikel macht damit einen Vorschlag, wie sich die Spannung zwischen Gefühl als kreativ-emanzipatorischem Aspekt von Handeln und Gefühl als herrschaftlich überformtem politischen Instrument für eine reformulierte Theorie des Politischen im Kontext aktueller Transformationen fassen lässt.

*Keywords: Emotionen, Macht, Geschlecht, Gefühlsdispositiv, Transformation von Politik
emotions, power, gender, transformation of the political*

1. Aktuelle Debatten über das Verhältnis von Politik und Emotionen. Einleitung

Galt lange Zeit die (liberale) Trennung von Politik und Gefühlen als Voraussetzung von Demokratie, scheint der derzeitige politische Alltag diese Auffassung zunehmend zu suspendieren. Die gegenwärtige Form der „Mediokratie“ (Meyer 2001) ist geprägt durch die Grenzüberschreitung zwischen einerseits Politik als rationaler, wissenschaftsbegründeter Handlungsform staatlicher AkteurInnen sowie andererseits Politik als Leidenschaft und Engagement. So leben etwa die Medien in ihren politischen Segmenten von einer Kombination aus Gefühl und Politik, und nicht nur populistische PolitikerInnen greifen immer häufiger auf Gefühle als Legitimationsbasis und als Ressource von Identitätspolitik zurück (vgl. z.B. Ahmed 2004; Mouffe 2007) – wie auch Diskussionen um das Zugehörigkeitsgefühl zur EU beispielsweise zeigen. Sachbezogene Argumentation wird in den Medienbites zunehmend unattraktiv, denn wer als PolitikerIn glaubwürdig sein will, muss Betroffenheit als Ausweis von Authentizität zeigen. So kämpfte Joschka Fischer beim ersten Bundeswehreininsatz in Jugoslawien medial mit den Tränen, und Hillary Clinton konnte mit Tränen ihrem Wahlkampf eine neue Wende geben.

War das politisch-staatliche Feld in der westlichen Welt bis in die 1990er Jahre emotional eher restriktiv geordnet, so wird gegenwärtig die Veröffentlichung von vormals als privat oder intim erachteten Emotionen von PolitikerInnen geradezu erwartet. Vor allem Wahlkämpfe gelten zwischenzeitlich als Hochzeiten leidenschaftlichen politischen Agierens, in denen mit neuen

Mitteln und Techniken Emotionen der potenziellen WählerInnenschaft mobilisiert werden. Die Anrufung von „Hoffnung“ im US-amerikanischen Wahlkampf Barack Obamas war ein solches Spiel mit Gefühlen als Scheck für die Zukunft.

Im Rahmen sozialer Bewegungen hatten Gebote der Gefühlskontrolle und -unterdrückung in den westlichen Ländern bereits seit den 1970er Jahren an sozialer Gestaltungskraft verloren, und emotionale Bindung und Betroffenheit wurden zu einer wichtigen Grundlage der Politisierung. Dies scheint nun auch für die „klassischen“ Politikformen gültig zu werden. Doch in diesem verstärkt emotionsgeladenen politischen Setting zeigt sich freilich auch die problematische, nicht erwünschte Seite von Emotionen in der Demokratie: Seit den 1990er Jahren hält ein populistischer und nationalistischer Gefühlsdiskurs Einzug in politische Auseinandersetzungen vieler europäischer Staaten, der zum einen aus dem Deutungsmuster der „Natürlichkeit des Volkes“, also „denen da unten“, und der Verhärtung und Kälte der politischen Klasse, „denen da oben“, politisches Kapital schlagen will. Zum anderen soll durch die Zeichnung von Bedrohungsszenarien Angst gegenüber „Anderen“ mobilisiert werden (vgl. Ahmed 2004).

Der intensiviertere politische Emotionsdiskurs wurde in den vergangenen zehn Jahren auch von wissenschaftlichen Debatten begleitet, die vor allem durch die Hirnforschung und Neurowissenschaft angestoßen wurden und dem Thema Gefühl zu neuer Publizität und Wichtigkeit verhalfen (z.B. Damasio 2004). Auch durch die Wirtschaftswissenschaften wurde die Bedeutung von Emotionen, nicht zuletzt im Kontext der Finanzkrise, diskursiv vorangetrieben (z.B. Frey 2008). Die Politikwissenschaft verdrängte Emotionen zwar lange Zeit aus ihrem Forschungsfokus und perpetuierte so den Dualismus von Vernunft und Gefühl (vgl. kritisch Sauer 1999), doch der neue Diskurs über Gefühl und Politik wird inzwischen auch in der Politikwissenschaft ausführlich reflektiert (vgl. u.a. Flam 2002; Klein/Nullmeier 1999; Marcus 2002; Nussbaum 1996, 2001; Ranciére 1995; Sauer 1999).

Die neuartigen Debatten über das Verhältnis von Politik und Gefühl gehen mit fundamentalen Veränderungen von Demokratie und Politik in den vergangenen 20 Jahren einher, die mit dem Schlagwort „Postdemokratie“ (Crouch 2004) jüngst auf den Begriff gebracht wurden: Vertrauensverlust in demokratische Institutionen, sinkende Wahlbeteiligung, Legitimationskrise repräsentativer Demokratie, Bedeutungsverlust von Staaten gegenüber der Ökonomie, Erosion sozialstaatlicher Sicherheit und Entsolidarisierung. Unser Text begreift die neuen Gefühlsdebatten als Symptome dieser Transformationen, in denen Gefühle, wie etwa Angst, eine aktive Rolle erhalten. Damit setzen diese neuen politischen Konstellationen auch eine neuartige Theoretisierung des Verhältnisses von Politik und Gefühl auf die politikwissenschaftliche Agenda.

Eine solche Theoretisierung sollte die gängige Dichotomisierung von Emotionen und Politik transzendieren, ohne freilich eine „Politik der Gefühle“ (Haslinger 1995) unkritisch zu legitimieren. Vielmehr sollte eine reformulierte Theorie des Politischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse im politischen Emotionsdiskurs analysierbar und kritisierbar, d.h. Instrumentalisierungszusammenhänge deutlich machen.¹ Darüber hinaus sollte eine solche Theorie Emotionen auch als Dimension politischen Handelns theoretisierbar machen, Politik also grundsätzlich emotionsbezogen denken.

Das Ziel unseres Textes ist mithin ein Doppeltes: *Zum Ersten* soll durch eine machtkritische Sicht das Verhältnis von Politik und Gefühl problematisiert werden, indem die Dichotomie als eine spezifische historische Macht- und Herrschaftskonstellation dargelegt und aufgebrochen wird. Die feministische geschlechterkritische Politikwissenschaft hat dazu Vorschläge gemacht, die wir im Folgenden fruchtbar machen wollen. Neben dieser machtkritischen Perspektive, die wir ausgehend von der feministischen Kritik der Trennung von Politik und Emotionen verdeut-

lichen, wollen wir *zum Zweiten* aufzeigen, dass und wie Gefühle auch für eine Repolitisierung im Sinne einer „emotionalen Demokratie“ produktiv sind.

Unser Artikel macht also einen Vorschlag, wie sich das Spannungsfeld zwischen Gefühl als kreativ-emanzipatorischem Aspekt von Handeln *und* Gefühl als herrschaftlich überformtem politischen Instrument insbesondere im Kontext aktueller Transformationen theoretisch fassen lässt. Dies erachten wir als eine Leerstelle in den bisherigen politikwissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Politik und Emotion.

Der Artikel argumentiert in folgenden Schritten: Wir werden *zunächst* in einer feministisch-machtkritischen Perspektive Dimensionen der Trennung von Politik und Gefühl herausarbeiten und die Trennung als modernes Dispositiv kennzeichnen. Daran *anschließend* diskutieren wir zwei Vorschläge, diese Trennung vor dem Hintergrund neoliberaler bzw. neokonservativer Transformationen zu überwinden: zum einen die agonistische Demokratietheorie von Chantal Mouffe, da wir ihren Vorschlag der Einbeziehung von Leidenschaften als integrativen Bestandteil des Politischen als instruktiven demokratietheoretischen Beitrag erachten; zum anderen die kulturtheoretischen Überlegungen von Lawrence Grossberg, da in seinem Ansatz das Feld des Affektiven gerade als ein zentrales Spannungsfeld des Politischen theoretisiert wird. In einem *dritten Schritt* werden wir die feministisch-machtkritische Verbindung von Emotion und Politik in Auseinandersetzung mit Mouffes Demokratietheorie vor dem Hintergrund gegenwärtiger Transformationen schärfen und daran anschließend diese Perspektive durch Grossbergs Theoretisierung affektiver Ermächtigung erweitern. Dies soll *abschließend* unsere emotions„sensible“ Politikansicht begründen.²

2. Gefühl und Politik. Eine feministisch-machtkritische Perspektive

Die folgende feministisch-politiktheoretische Auseinandersetzung mit der Trennung von Politik und Gefühlen als demokratische Norm möchte in historischer Perspektive die vergeschlechtlichten und herrschaftsbezogenen Dimensionen dieser Trennung als zentrale Grundlage moderner Demokratie- und Staatskonzepte aufzeigen und damit eine Theorieperspektive für das Verhältnis von Politik, Demokratie und Emotionen entwerfen.³

Für ein geschlechter- und machtkritisches Verständnis von Gefühl ist es zunächst zentral, dass Gefühle nicht „natürlich“ sind, sondern dass erst politisch-kulturelle Wahrnehmungsmuster, Normen und soziale Strukturen spezifische Gefühle entstehen lassen, d.h. wahrnehmbar und intelligibel machen (vgl. de Sousa 1997). Emotionen sind also Ergebnis eines historisch spezifischen Deutungs- und Definitionsprozesses und stets symbolisch kodiert und gesellschaftlich konstruiert (vgl. Kochina 2004). Somit gibt es auch keine vordiskursive Logik des Zusammenhangs von Geschlecht und Emotionalität; vielmehr ist die Ordnung von Geschlecht und Gefühl im politischen Raum Element einer historisch entstandenen „Politik der Gefühle“ (Sauer 1999). Dies wollen wir im Folgenden kurz explizieren.

In der politischen Moderne, gekennzeichnet durch die Ideen der Aufklärung, werden Gefühle und Rationalität als gegensätzliche Erfahrungs- und Wahrnehmungsmodi begriffen, sowie Privatheit und Politik als dichotome gesellschaftliche Sphären konzeptualisiert. Während hier – in der Privatheit der vernunftbegabten Individuen – Gefühle erlaubt bzw. unvermeidlich sind, gelten sie dort – in der Sphäre der Öffentlichkeit und des politischen Handelns – als unerwünscht. Gefühle auf der einen Seite und Wissen, Vernunft und Aufklärung auf der anderen Seite wurden so zu einander ausschließenden Erfahrungs- und Wahrnehmungsformen, ebenso wie Öffentlich-

keit und Privatheit strikt voneinander geschieden bleiben sollten. In derselben Denk- und Argumentationsbewegung wurden auch die Geschlechter hierarchisiert und polarisiert: Gefühlsvorstellungen sind in der politischen Moderne deshalb auch immer Geschlechtervorstellungen (vgl. Lutz 1996; van Treek 2004). Kritisiert wurde dies insbesondere durch die neue Frauenbewegung mit dem Slogan „Das Persönliche ist politisch“ (Hanisch 2006). Sie entlarvte die vermeintliche Exklusion von Gefühlen aus dem Raum des Politischen sowie die Emotionalisierung einer davon geschiedenen Privatheit als Modus von – nicht nur patriarchaler – Herrschaft.

Max Weber (1993) beschreibt das moderne Verhältnis von Staat, Politik, Gefühl und Geschlecht anhand von drei Aspekten: *erstens* durch die Binarisierung von Gefühl und Vernunft, *zweitens* durch die Verinnerlichung und Vernatürlichung von Emotionen sowie *drittens* durch die geschlechtsspezifische Kodierung von Emotionen, d.h. durch die Zuschreibung von weiblicher Emotionalität und männlicher Vernunft qua Natur. Mit dem Rationalitätsideal hat das Weber'sche Bürokratiemodell starke Geschlechterpolarisierungen eingeführt (vgl. Rastetter 1994, 90), nämlich die Ent-Emotionalisierung von Staat und Männern, den Trägern des Staates, und die Hyper-Emotionalisierung von Frauen. In Webers Bürokratiemodell kommt ein Konzept von Männlichkeit zum Tragen, das auf dem Ausschluss von Persönlichem, von Emotionalität und von Weiblichem basiert (vgl. Bologh 1990). Was Weber schließlich als feinen Schnitt im Gefühlsleben der Politikerperson ausmacht, nämlich leidenschaftlich und rational zugleich zu sein, korrespondiert mit einem groben Schnitt durch die Geschlechter: Solche charakterliche Stärke besitzen vornehmlich Männer: Politik ist „Ritterlichkeit“ (Weber 1993, 67) und „alter Weiber Art“ entgegengesetzt (ebd., 66). Beide Dimensionen moderner Politik – staatliche Verwaltung und politisch-parteiliches Engagement – blieben also männlich kodiert.

Entstanden ist dieses bürgerlich-liberale Gefühls- und Geschlechterdispositiv – d.h. die Herausbildung eines zweipoligen Modells von Geschlecht und Gefühlen – im Kontext der Formierung und Durchsetzung des bürgerlichen Staates, der kapitalistischen Gesellschaft und der Konstitution der bürgerlichen Klasse (vgl. Foucault 1983, 130f.; Illouz 2006). Die Verdrängung von Gefühlen aus dem öffentlichen Raum bzw. die Verlagerung von Gefühlen in die Individuen und in eine konstruierte Privatheit hinein beginnt mit der Kultivierung des individuellen Gefühlslebens im 18. Jahrhundert (vgl. Elias 1978). Die Individualisierung der bürgerlichen Gesellschaft basierte auch auf der Emotionalisierung der Menschen und mithin der „Individualisierung“ und „Privatisierung“ von Gefühlen. Bourgeois und Citoyen sind durch eine Trennung der Person in ein öffentliches, rationales, marktorientiertes Wesen und in ein privates, expressives, intimes und emotionales Wesen gekennzeichnet.

Entscheidend ist dabei, dass mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft *Interessen* im Gegensatz zu traditionellen *Normen* und *Leidenschaften* zentrale Vergesellschaftungsmechanismen und Handlungsorientierungen wurden. Albert O. Hirschman (1977) wies darauf hin, dass der staatliche Raum frei von Gefühlen zu sein hatte, um die Interessenrealisierung in der Sphäre der Ökonomie organisieren zu können. Der Kapitalisierungs- und Rationalisierungsprozess konnte nur ganz bestimmte Emotionen und Leidenschaften gebrauchen – nämlich solche, die die kapitalistische Entwicklung beförderten. Gewisse Emotionen (Gier, Habsucht oder Gewinnsucht) wurden deshalb zu „guten“ Interessen, „schlechte“ Emotionen (sexuelle Begierden) wurden zur Natur erklärt und in die Privatheit gedrängt. Hirschman bezeichnet dies als die „wundersame Metamorphose von destruktiven ‚Leidenschaften‘ in Tugenden“ (Hirschman 1977, 33) im Zuge des Kapitalisierungsprozesses.

Diese Kontrolle von Leidenschaften und ihre Kanalisation in Interessen ist Teil eines Gefühlsdispositivs, mit dem sich das Bürgertum beste Bedingungen zu seiner Reproduktion schuf.

Das Gefühlsdispositiv erlaubte nämlich die „leidenschaftslose“ Regulierung und Realisierung von ökonomischen Interessen in einem „gefühlsdurchtränkten“ Raum. Kurz: Regulierte ökonomische Konkurrenz in einem nicht-gewalttätigen Rahmen sollte die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnen. Politik und Staat erscheinen dann als neutral, als am Gemeinwohl orientiert – *sine ira et studio* (Weber 1980, 129). Darunter freilich bleiben die Gefühlsdimensionen, Bedürfnisse und Lüste, aber auch die ökonomischen Interessen verborgen. Sie werden in die Privatheit verbannt.

Die Steuerung von Gefühlen macht somit moderne Staatlichkeit und Gesellschaft möglich – nicht zuletzt auf der Grundlage von Geschlechtertrennung und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Die Unterdrückung bestimmter Gefühle in der öffentlichen Sphäre ist zugleich eine Bedingung ihrer Hervorbringung in der Privatheit und somit ein Mechanismus der Aufrechterhaltung der Sphären- und Geschlechtertrennung. Das Gefühlsdispositiv organisiert also Hierarchie, Unterordnung und Subalternität im politischen Raum und verteilt sie nach Geschlechtern. Gefühle indizieren somit Herrschaftspositionen.

Diese bipolaren Vorstellungen erlaubten auch im 20. Jahrhundert disziplinierende Zugriffe auf die BürgerInnen, auf ihr politisches Handeln, auf ihre Vorstellungen von Demokratie und Beteiligung. Nicht zu viel politisches Engagement, nicht zu viel politische Emotion sollte repräsentative Demokratien kennzeichnen, das könnte zu politischer Destabilisierung führen, so die Idee der gemischten *civic culture* (Almond/Verba 1965), die sich nicht zuletzt in der Skepsis gegenüber Direktdemokratie niederschlug. Auch der Topos der demokratieunfähigen oder apolitischen Frau basiert nicht unwesentlich auf dem dualen Ratio-Gefühl-Konstrukt. Frauen entsprächen aufgrund ihrer vermeintlichen Emotionalität nicht dem Idealbild des politisch rationalen Aktivbürgers. Sie gelten noch immer als ein unberechenbarer Faktor in der Politik, weil sie – im Unterschied zu Männern – von Gefühlen überwältigt und deshalb leichter manipulierbar seien. Doch auch bürgerlich-liberale Männlichkeit kann damit in Schach gehalten und diszipliniert werden – als produzierender Arbeiter und Kapitalist, als Bourgeois und als Citoyen. Die Subjektwerdung des bürgerlichen Mannes erforderte Herrschaft über sich selbst, über seine innere Natur, seine Triebe, Emotionen und sexuelle Lust (vgl. Maihofer 1995, 113). Männliche Wut, Aggression und Gewalttätigkeit blieben in der familiären Privatsphäre und in der Ökonomie erlaubt und konstruierten Hierarchie und Unterordnung – auch zwischen Männern. Im öffentlich-politischen Raum sollten Gefühle höchstens in regulierter Weise gestattet werden. Auch hier konstruierten und legitimierten sie Herrschaft, Hierarchie und Ausschluss.

Der Effekt einer Ökonomie bzw. Politik der Gefühle ist also die Affektkontrolle beider Geschlechter als Grundlage männlich-patriarchaler Herrschaft, aber auch der Herrschaft *durch* Gefühle insgesamt. Die Trennung von Politik und Gefühlen, so lässt sich zusammenfassend sagen, ist ein politischer Herrschaftsmechanismus, der politische Handlungsräume begrenzt und es ermöglicht, spezifische Gruppen und deren Interessen aus dem Raum des Politischen zu exkludieren. Die Trennungsnorm ist zugleich aber auch eine Gelegenheitsstruktur für die Tabuisierung von Gefühlen in der Politik.

3. Theorien einer Politisierung von Gefühlen zwischen Mobilisierung und Instrumentalisierung. Antworten auf aktuelle Transformationen des Politischen

Der Wandel westlich-liberaler Demokratien ist durch Phänomene wie sinkende Wahlbeteiligung, fehlendes Vertrauen in politische RepräsentantInnen und wachsende Unzufriedenheit mit der Performanz demokratischer Institutionen – die viel beklagte Politik- oder Parteienverdrossenheit

– gekennzeichnet. Daraus folgende gravierende Legitimationsprobleme sind Indizien für einen Verlust an Demokratie als Konsequenz eines neoliberalen Politikumbaus.

So werden politische Entscheidungen zunehmend in supranationalen Gremien, in hermetischen „Verhandlungssystemen“, „Politiknetzwerken“ und Governance-Runden, in Labors oder in Vorstandsetagen multinationaler Konzerne getroffen. Die dichtere Knüpfung geschlossener Netzwerke aus staatlichen und privaten, d.h. wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf nationaler, vor allem auch auf internationaler Ebene impliziert einen Verlust an politisch-öffentlichen Aushandlungsprozessen, dichten sich doch solche Verhandlungssysteme gegenüber anderen AkteurInnen ab.

Aber nicht nur diese Formen der Entparlamentarisierung und Informalisierung von Politik verändern das politische Handlungsgefüge; auch der „Globalisierungsdruck“, der nationalstaatliche Politikspielräume verengt und die *sozialen* Voraussetzungen politischer Partizipation erodieren lässt, macht politisches Handeln und demokratische Beteiligung immer schwieriger. Die neoliberale politische Konstellation zeichnet sich durch eine „Ökonomisierung der Politik und des Sozialen“ (Rose 2000) aus, d.h. sie erhebt den Markt zum organisierenden Prinzip von Gesellschaft und Staat, sodass Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Rechenbarkeit zu Leitideen politischer Organisation werden, politische Partizipation hingegen als störend erachtet wird. Prozesse der Entsolidarisierung, nicht zuletzt durch den Abbau von sozialstaatlichen Integrationsmechanismen und die Mobilisierung egoistischer Einstellungen, belegen die Sklerotisierung politischen, d.h. gemeinsamen Handelns. Auf diese Weise werden auch die BürgerInnen in ihrer Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf den ritualisierten und vereinsamenden Wahlakt beschränkt und dadurch zum bloßen Publikum in der „Zuschauerdemokratie“ (Wassermann 1986) degradiert. Zugleich deutet ein gewachsenes bürgerInnenschaftliches Engagement darauf hin, dass die so bezeichnete Politikverdrossenheit kein generell mangelndes Interesse an Politik ist, sondern vielmehr als strukturell hergestellte Entfremdung der BürgerInnen von der Sphäre des Politischen gedeutet werden kann (Enquete-Kommission 2002).

Wie ist nun das Verhältnis von Politik und Gefühlen vor dem Hintergrund dieser politischen Transformationsprozesse zu fassen? Chantal Mouffe und Lawrence Grossberg machen dazu Vorschläge, wobei sie Leidenschaften bzw. Affekte als zentrale Dimension gegenwärtiger Politikprozesse begreifen. Im Folgenden wollen wir diese beiden Konzeptionen der Politisierung von Gefühlen darstellen. Das Ziel der Darstellung ist es, den je spezifischen Beitrag für eine emotionsbezogene Repolitisierung bzw. repräsentative Demokratie herauszuarbeiten.

3.1 *Politics and passions. Ein Plädoyer für eine demokratiepolitische Aneignung der Leidenschaften*

Richtete Chantal Mouffe in früheren Schriften den Fokus vor allem auf die Frage der Kämpfe um politische Hegemonie, verschiebt sie in ihren neueren Arbeiten die demokratietheoretische Perspektive stärker auf die „heutigen Verfahrensweisen demokratischer Politik“ (Mouffe 2007, 16). Grundlage hierfür sei, dass die „unherausgeforderte Hegemonie des Neoliberalismus eine Gefahr für demokratische Institutionen“ (Mouffe 2008, 23) berge. Diese Gefahren, die sie am Aufstieg populistischer Rechtsparteien wie auch in fundamentalistischen Bewegungen und an einer Politik des Terrorismus festmacht, sind als Ausdruck von zwei miteinander verschränkten Tendenzen zu begreifen: zum einen jener Tendenz einer zunehmenden Aufhebung der Grenzen zwischen links und rechts, die Mouffe als „Konsens der Mitte“ (Mouffe 2002a, 102) kritisiert; zum anderen der

damit verbundenen Tendenz einer „Kristallisierung kollektiver Leidenschaften entlang von Themen, die nicht vom demokratischen Prozess geregelt werden können“ (Mouffe 2008, 105). Vor diesem Hintergrund formuliert sie ein Modell agonistischer Demokratie, in welchem gerade die Integration von Leidenschaften als zentrales Element demokratischer Politik gilt.

Ausgangspunkt für Mouffes demokratietheoretische Überlegungen zu dieser Verschränkung von Politik und Leidenschaften bildet ihre Kritik an deliberativen und rationalistischen Fassungen von Politik. In diesen „postpolitischen“ bzw. „antipolitische[n] Vision[en]“⁴ (Mouffe 2007, 7f.) werde das Politische nämlich konsensual und nicht antagonistisch gefasst, wodurch jedoch gegenwärtige Problemlagen wie etwa der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa nicht adäquat erfasst werden können.

Während liberale Politik- und Demokratiekonzeptionen Leidenschaften als gefährliche gesellschaftliche Kräfte, als „dunkle Seite der menschlichen Natur“ (Hirschman 1977, 27), aus dem Bereich des Politischen ausgeschlossen hatten, vertritt Mouffe einen dazu diametralen Ansatz. Entgegen den an Ideen der Deliberation bzw. des Dialogs orientierten Ansätzen plädiert sie für ein Verständnis des Politischen, welches die Dimension der „Gegnerschaft“ (Mouffe 2007, 11) ins Zentrum stellt. So hält sie fest, dass GegnerInnenschaften gegenwärtig keineswegs verschwunden sind, sondern sich vielmehr in neuem Gewand zeigen. Während traditionelle demokratische Parteien sich dadurch auszeichnen, dass zwischen diesen „keine deutlichen Unterschiede mehr erkennbar“ sind (ebd., 87), führt Mouffe den Erfolg rechtspopulistischer Parteien darauf zurück, dass diese vor dem Hintergrund fehlender Distinktionsmöglichkeiten einen exponierten Pol kollektiver Identifikation geschaffen und damit äußerst erfolgreich Politik betrieben haben.⁵ Diese identitätspolitische Mobilisierung durch populistische Rechtsparteien gründe dabei in einem auf moralisierender Polarisierung beruhenden Angebot für eine Wir-Sie-Unterscheidung und sei so Ausdruck antagonistischer Politisierung. Deshalb dürften Leidenschaften, die rechtspopulistischen Parteien zu ihrem Erfolg verhelfen, als politikrelevante Kräfte nicht ausgeblendet werden.

Die Anerkennung dieser antagonistischen Dimension ist damit zum einen wichtig, um gegenwärtige rechtspopulistische Tendenzen adäquat erfassen zu können. Zum anderen prägt die antagonistische Dimension aber auch Mouffes normatives Demokratiemodell. Ziel eines solchen sei es nämlich nicht, Wir-Sie-Unterscheidungen prinzipiell aufzuheben. Vielmehr plädiert sie demokratiepolitisch für eine qualitative Transformation dieser Oppositionen und führt dafür, Carl Schmitts Dezisionismus modifizierend, den Begriff des Agonismus ins Feld: Würden sich beim (Schmitt'schen) Antagonismus Feinde gegenüberstehen, zeichne sich der Agonismus als ein Gegenüberstehen von „Gegnern“ aus, die sich als legitime „Opponenten“ anerkennen, „auch wenn sie einsehen, dass es für den Konflikt keine rationale Lösung gibt“ (Mouffe 2007, 30). Kennzeichen einer solchen GegnerInnenschaft sei dabei die „gemeinsame Bindung an ethisch-politische Prinzipien liberaler Demokratie“, nämlich jene von „Freiheit und Gleichheit“ (Mouffe 2008, 103).

„Leidenschaften‘ in der Politik“ (Mouffe 2007, 13) nehmen dabei für Mouffe insofern eine entscheidende Rolle ein, als diese gerade zentrale Momente für Identifikation und damit auch Motor politischer Entscheidungen darstellen. So könne Politik gar nicht begriffen werden, ohne die Leidenschaften als antreibende Kräfte, als zentrale Form kollektiver Identifikation anzuerkennen – was gerade bei Wahlen nicht zu unterschätzen sei. „In der Stimmabgabe liegt eine bedeutsame affektive Dimension: Es geht um die Frage der Identifikation.“ (Mouffe 2007, 35) Leidenschaften sollen somit nicht als archaisch aus dem Politischen ausgeschlossen werden, sondern vielmehr „gezähmt“ und demokratiepolitisch fruchtbar gemacht werden. „[T]he prime task of democratic politics is neither to eliminate passions nor to relegate them to the private

sphere in order to establish a rational consensus in the public sphere; it is, rather, to ‚tame‘ these passions by mobilizing them for democratic ends and by creating collective forms of identification around democratic objectives.“ (Mouffe 2002a, 9) Da gerade affektive Dimensionen zum Erfolg aktueller (Partei-)Politiken beitragen, müsse es demokratiepolitisch darum gehen, „einen realen Einfluss auf die Wünsche und Phantasien der Menschen“ zu haben, um „Leidenschaften für demokratische Entwürfe mobilisieren zu können“ (Mouffe 2007, 13). Dies sei „die Funktion der Links-Rechts-Unterscheidung“ (ebd.). Denn wenn „Leidenschaften nicht von demokratischen Parteien mobilisiert werden können, weil diese einen ‚Konsens der Mitte‘ bevorzugen, werden sich diese Leidenschaften – in diversen fundamentalistischen Bewegungen, in partikularistischen Forderungen oder nicht-verhandelbaren moralischen Fragen – ein anderes Ventil suchen“ (Mouffe 2002a, 102). Leidenschaften sind somit nicht aus dem Politischen zu eliminieren, sondern vielmehr „in Richtung demokratische Modelle“ (Mouffe 2008, 104) zu mobilisieren. Erforderlich seien dafür allerdings entsprechende demokratische Institutionen: So müssten „Kanäle bereitgestellt werden, durch die hindurch kollektive Leidenschaften Ausdruck in Bezug auf Themen finden können, die genug Identifikationsmöglichkeiten offenlassen, ohne den Opponenten als einen Feind zu konstruieren, sondern eben als einen Gegner“ (ebd.). Erst durch ein solches Angebot „konkurrierende[r] Formen aktivbürgerschaftlicher Identifikationen“ und mithin möglichen leidenschaftlichen Engagements im Rahmen demokratischer Institutionen könne das demokratische System das „Zugehörigkeitsgefühl zu seinen Institutionen“ stärken und einer „Apathie und Entfremdung von politischer Partizipation“ (Mouffe 2008, 105f.) etwas entgegensetzen. Leidenschaften sind damit für Mouffe ein wichtiges Mittel *gegen* Apathie und *für* politische Partizipation.

Mouffe stellt wie die feministische Kritik die Trennung von Politik und Gefühlen grundsätzlich infrage. Auf der Grundlage eines antagonistischen Politikverständnisses begreift sie Leidenschaften als *Movens* und affektive Zustimmung als wichtiges Element demokratischer Politik, weswegen wir ihren Ansatz als Beitrag zu einer „emotionalen Demokratie“ begreifen. Dies aber nur unter der Voraussetzung *agonaler* GegnerInnenschaft, die sich an zentralen demokratischen Werten orientiert, sowie im Rahmen demokratischer Institutionen bewegt. Leidenschaften sind also nicht a priori demokratisch, sondern nur wenn sie sich innerhalb demokratischer Rahmenbedingungen entfalten. Leidenschaften können daher sowohl produktiv als auch zerstörerisch sein.

3.2 Was haben affektive Epidemien mit Politik zu tun?

In seiner kritischen Auseinandersetzung mit den politisch-ökonomischen Umbrüchen in den USA der 1980er Jahre entwickelt Lawrence Grossberg die These, dass ein neuer Konservatismus entstehe, der in seinen Strategien populärkulturelle Modi und dabei insbesondere die Wirkmächtigkeit des „Affektiven“ aufgreife. So sei der neue Konservatismus ein „affektiver Kampf“, „dem es darum geht, das, worauf es ankommt, entlang der operativen Logik von spezifischen populären Formationen zu ändern“ (Grossberg 2000, 65). Während Max Weber (1993, 62f.) noch postuliert hatte, dass Politik mit dem Kopf und nicht mit Körper oder Seele gemacht werde, konstatiert Grossberg: „Rather than attempting to win the minds of the nation, there is a struggle over its heart and body.“ (Grossberg 1992, 255)

Unter „Affekt“ fasst Grossberg die „Qualität und Quantität von Energie, die in bestimmte Plätze, Dinge, Menschen, Bedeutungen und so fort investiert wird. Es ist die Ebene, auf der wir

uns in der Welt verankern und orientieren, aber sie ist weder individualistisch noch unstrukturiert.“ (Grossberg 2000, 241) Affekt kann somit auch als eine Form der Beteiligung und der Betroffenheit verstanden werden, wobei Quantität dann vor allem das Ausmaß, die Intensität dieser Beteiligung beschreibt, Qualität hingegen die Art und Weise, wie beispielsweise Sorge, Empathie oder Angst. Affekt sei jedoch nicht nur mental zu verstehen, sondern „zugleich psychisch und materiell; er verlangt, daß wir vom Körper und von diskursiven Praxen in ihrer Materialität sprechen“ (ebd., 63f.).

Dabei unterscheidet Grossberg Affekte von Emotionen. Letztere seien erst das Ergebnis der Artikulation von Affekten und deren Aufladung mit Bedeutung. „Unlike emotions, affective states are neither structured narratively nor organized in response to our interpretations or situations.“ (Grossberg 1992, 81) Zudem konstatiert er ein spezifisches Verhältnis zwischen Affekt und Ideologie: Affekte sind einerseits Modi der Internalisierung und Naturalisierung von Ideologie (vgl. ebd., 83); andererseits geben Ideologien den Affekten erst Bedeutung. Das also, was konkret das Leben der Menschen berührt – Grossberg prägt hierfür den Ausdruck der „mattering maps“ (ebd., 82) –, sei im Ideologischen und nicht in den Affekten anzusiedeln (vgl. ebd., 86).

Grossberg betont somit Affekte als wichtige, jedoch nicht einzige Aspekte dafür, wie sich die Menschen in und mit der Welt bewegen. „For it is in their affective lives that people constantly struggle to care about something, and to find the energy to survive, to find the passion necessary to imagine and enact their own projects and possibilities.“ (ebd., 83) Die gesellschaftliche und politische Bedeutung von Affekten illustriert Grossberg an der Rockformation in den USA der 1950er Jahre. Rockmusik habe die „affektiven Horizonte“ (ebd., 64) der Jugend dieser Zeit wesentlich gestaltet, indem sie diesen *baby boomers* die Möglichkeit geboten habe, aus den Zwängen eines fremdbestimmten, stabilen, repetitiven und mithin langweiligen Alltagslebens – obgleich nur kurzfristig – auszubrechen. Die „Produktion von Stimmungen und Leidenschaften“ (ebd., 243) durch die Betonung von Spaß und Lust, auch und insbesondere durch den Körper, Bewegung, Tanz, Sexualität und Sinnlichkeit, habe eine „affektive Ermächtigung“ (ebd., 97) geschaffen.

Das Affektive in der Rockmusik ist für Grossberg somit zugleich Ausdruck von Unzufriedenheit als auch partielle Möglichkeit, den diese Unzufriedenheit bedingenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen temporär zu enttrinnen. Der neue Konservatismus in den USA der 1980er Jahre habe sich nun gerade dieser „affektive[n] Logik“ (ebd., 179) bedient und sie „im Dienste einer spezifischen politischen Agenda reorganisiert und neu eingesetzt“ – Grossberg bezeichnet dies als „Hegemonie des Affekts“⁶⁶ (ebd.). Im Unterschied jedoch zur Rockformation, deren affektive Wirkung in der affektiven Ermächtigung lag und „affektive Horizonte“ (ebd., 64) jenseits dieses Alltags schuf, bestehen die konservativen Strategien des Affektiven darin, die Beziehungen der Menschen zur Welt so zu gestalten, dass ihre Vorstellungen und Praxen gerade an das Alltagsleben zurückgebunden werden und damit unverändert bleiben. Ziel ist es also, durch Affekte Zustimmung zu den politisch-gesellschaftlichen Veränderungen zu *produzieren* (vgl. ebd., 258). Während die affektive Logik der Rockformation eine Kritik der konkreten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen und ihre partielle Transzendenz beschrieb, wird durch die politische Vereinnahmung der affektiven Logik die kritische Perspektive auf diese Bedingungen gerade verstellt. Denn durch die Fokussierung auf das je konkrete Alltagsleben, geraten gerade jene Angelegenheiten, die die Sphäre des Staates sowie der Ökonomie betreffen, aus dem Blick. Ziel dieser gleichsam inszenierten „affektiven Epidemien“ (Grossberg 1992) ist mithin die Depolitisierung sozialer Realität und kultureller Praktiken.

Das Affektive als Modus der Beteiligung bietet nach Grossberg somit einerseits eine Form der Ermächtigung. Andererseits besitzt es ein Potenzial der Instrumentalisierung mit dem Effekt einer Depolitisierung und Apathie der Menschen. Damit theoretisiert Grossberg das Affektive als politisches Machtinstrument ebenso wie als Modus von Ermächtigung, mithin als potenziell emanzipative Ankerpunkte für eine Repolitisierung des Alltagslebens (vgl. Bargetz/Ludwig 2007). Emanzipatives politisches Handeln verlange nämlich eine „affektive Opposition“, das Aufgreifen und Eintreten in den „Kampf um das affektive Leben der Leute“ und damit verbunden die „Erzeugung von Strukturen affektiver Gemeinsamkeit“ (Grossberg 2000, 192).

4. Transformation des Politischen, emotionale Gouvernamentalität und demokratische Politik

Anhand der feministisch-historischen Perspektive haben wir ausgeführt, dass und wie Gefühle in der Moderne herrschaftsförmig reguliert wurden. Diesen feministisch-machtkritischen Fokus aufgreifend, wollen wir im Folgenden zunächst Chantal Mouffes Vorschlag einer demokratiepolitischen Aneignung von Leidenschaften mit Bezug auf gegenwärtige Transformationen querlesen. Wenngleich wir ihre Konzeptualisierung als produktiven Beitrag für eine Repolitisierung durch Gefühle und mithin für eine „emotionale Demokratie“ erachten, können durch diese Problematisierung Leerstellen und zugleich Anknüpfungspunkte für die Schärfung einer emotionalen Demokratietheorie herausgearbeitet werden. Inwiefern Lawrence Grossbergs Konzeptualisierung von Affekten daran anknüpft bzw. Mouffes Beitrag um einen machtkritisch fundierten Vorschlag einer „Emotionalisierung von Politik“ erweitert, soll daran anschließend dargelegt werden.

4.1 Emotionalisierung des Politischen. Demokratisches Potenzial und Machtkritik

Mouffes Auffassung einer Mobilisierung von Emotionen als kreativen Aspekt demokratischer Politik unter der Voraussetzung adäquater demokratischer Kanäle und Institutionen als Grundlage für politische Partizipation gilt es vor allem vor dem Hintergrund gegenwärtiger Transformationen zu problematisieren. Wenngleich sie Tendenzen von (Global-)Governance (Mouffe 2007, 136) als technische, konsensorientierte Politik kritisiert und der „politischen Arena“ (ebd., 126) gegenüberstellt, über die sich BürgerInnen erst leidenschaftlich und konfliktuell engagieren können, bleiben ihre Ausführungen zu diesem neuen Steuerungs- und Entscheidungsmodus jedoch relativ vage. Zwar unterzieht sie die dem (Global) Governance-Konzept zugrunde liegende Kompromisslogik einer Kritik; gegenwärtige Tendenzen der Informalisierung und Entparlamentarisierung von Politik jedoch werden nur unzureichend integriert und reflektiert. Wichtig wäre vor dem Hintergrund dieser Veränderungen von Staatlichkeit, gerade auf das mögliche Szenario einer paradoxen Gleichzeitigkeit leidenschaftlichen bürgerInnenschaftlichen Engagements – wie Mouffe dies antizipiert – und fehlender politischer Durchsetzungsmöglichkeiten hinzuweisen. D.h., dass die jeweiligen demokratischen Institutionen nicht nur möglichst polarisierende Inhalte anbieten müssen, um Leidenschaften binden zu können; ob sich BürgerInnen tatsächlich über politische Institutionen involvieren, d.h. politisch partizipieren, hängt immer auch von den ganz konkreten politischen Einflussmöglichkeiten dieser Institutionen und Prozesse ab.

Blind bleibt Mouffes Fokus auf politische Partizipation qua Leidenschaft auch gegenüber dem – wie es Bröckling nennt –,„Imperativ der Partizipation“ im Neoliberalismus (Bröckling 2005, 22). Zivilgesellschaft, bürgerInnenschaftliches Engagement und Partizipation mutieren zu Konzepten, „mit denen an die ‚Eigenverantwortung‘ der Bürger/innen im Gemeinwesen appelliert wird“ (Wöhl 2007, 112). Im Zentrum dieser politischen Beteiligungsstrategie steht das „Selbstregieren“ und das Selbstmanagement der Individuen (Foucault 2001, 297), welches durch das Wuchern therapeutischer Diskurse (vgl. Illouz 2009) zusätzlich forciert wird. Teilhabe und gesellschaftliche Mitgestaltung sowie der Abbau von Ungleichheit geraten dabei aus dem Blick. Mouffe postuliert zwar die notwendige „leidenschaftliche“ Mobilisierung der Subjekte über deren Leidenschaften als demokratiepolitisches Potenzial; allerdings problematisiert sie im Zusammenhang ihres *agonalen* Demokratiemodells weder, ob affektive Anrufungen auch wirkungsmächtig für Legitimierungsstrategien instrumentalisiert werden – ihr Plädoyer für eine *Einflussnahme* auf die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen im Rahmen demokratischer Politik legt eine solche Kritik allerdings nahe; noch thematisiert sie, ob und inwiefern sich Subjekte durch ihr leidenschaftliches Engagement auch selbst in herrschende politische Strategien einbinden.

War der liberale Gefühlsdiskurs ein Machtdiskurs, der die „politische Technik“ (Foucault 1983, 169) einer emotionslosen öffentlichen Sphäre etablierte und durchzusetzen versuchte und darüber „emotionalisierte“ Weiblichkeit und „versachlichte“ Männlichkeit zu Handlungsmodi politischer Institutionen und Prozesse machte, instituiert im Unterschied dazu der neoliberale Gefühlsdiskurs neuartige Techniken der Entgrenzung von Politik und Gefühl – nämlich die Indienstnahme von Gefühlen für das neoliberale Politikprojekt ökonomischer Hegemonie, d.h. Gefühle als ökonomische Ressource. Politische Regulierung zielt dann auf einen neuen Subjekttyp, auf die „diskursive Neuformierung ‚des‘ Menschen“ (Michalitsch 2006, 148), einen Menschen, der nicht solidarisch sein soll, sondern sich als UnternehmerIn seiner/ihrer selbst autonom begreift.

Ebenso muss die Möglichkeit der Mobilisierung von Leidenschaften kritisch rückgebunden werden an jene gegenwärtigen Tendenzen, in denen Gefühle mobilisiert werden, um die Erosion sozialstaatlicher Institutionen abzufedern. Denn diese Machttechnik bedient sich der Gefühle in zweifacher Hinsicht. So wird zum einen an das Mitgefühl appelliert; private karitative Spenden- und Mildtätigkeit soll fehlende soziale Sicherungen ersetzen. Zum anderen aber führen Gefühle der Entsicherung und (Zukunfts-)Unsicherheit zur Aufnahme neuer privatisierter Sicherungssysteme, vor allem in der Zukunfts- und Altersvorsorge und damit zur Akzeptanz der Privatisierung ehemals staatlicher Zuständigkeiten.

Es erscheint uns also wichtig, Mouffes Ansatz dahingehend zu problematisieren, wie gerade unter den Bedingungen gegenwärtiger Transformationen des Politischen Leidenschaften mobilisiert, aber auch instrumentalisiert werden können. Wenngleich auch Mouffe die Instrumentalisierung von Leidenschaften nicht unberücksichtigt lässt, da diese doch angesichts des Anstiegs rechtspopulistischer Parteien gerade den Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ausmachen, bleiben die Gefahren einer paradoxen, machtvollen Vereinnahmung von Leidenschaften innerhalb ihres *agonistischen* Demokratiemodells jedoch ausgeblendet, so sie als undemokratisch eingestuft werden. Demgegenüber zeigt sich in den Transformationsprozessen ein neuartiges Verhältnis von Politik und Gefühlen, wobei Emotionen, wie wir festhalten wollen, eine wichtige Dimension einer neuen Machttechnik sind, die im Anschluss an Michel Foucault (2004) als emotionale *Gouvernementalität* bezeichnet werden kann.

4.2 Politik und die Bedingungen affektiver Ermächtigung

Mit Bezug auf Mouffe konnte *erstens* deutlich gemacht werden, dass sich Leidenschaften und Politik gegenwärtig nicht ausschließen; vielmehr begreift sie Leidenschaften als einen wichtigen Aspekt des Politischen. *Zweitens* sind ihr zufolge Leidenschaften nicht nur für, wie Max Weber noch betonte, PolitikerInnen bedeutsam, sondern für alle StaatsbürgerInnen politisch relevant. Damit eröffnet Mouffe *drittens* den demokratiepolitischen Fokus auf den Aspekt politischen Handelns, insbesondere über die Dimension der Leidenschaften. Unsere Lesart konnte jedoch auch aufzeigen, dass ihr Vorschlag einer demokratiepolitischen Mobilisierung von Gefühlen im Rahmen des *agonistischen* Demokratiemodells vor dem Hintergrund gegenwärtiger Transformationsprozesse machtkritisch problematisiert werden muss. Als machtkritische Ergänzung bzw. Erweiterung ihrer Theoretisierung leidenschaftlicher demokratischer Partizipation begreifen wir Lawrence Grossbergs Theorie der Affekte.

Grossbergs Abhandlung kann nämlich als eine ambivalente bzw. paradoxe Theorie der Affekte bezeichnet werden, begreift er doch Affekte als potenzielles Herrschaftsinstrument und zugleich als mögliche emanzipative Grundlage des Politischen. So sei die affektive Logik zentraler Ausgangspunkt für subjektive Ermächtigung – wie er im Rahmen von Rockmusik deutlich macht – ebenso wie Projektionsfläche staatlich-politischer Strategien – wie er anhand neokonservativer Politiken ausführt. Seine Auffassung einer „Hegemonie des Affekts“ eröffnet dabei Anschlussstellen an die Idee der emotionalen Gouvernementalität sowie der gouvernementalen Subjektivierung durch Gefühle. Grossberg argumentiert allerdings auch handlungstheoretisch, um diesen Herrschaftsmechanismen zu entkommen: Affekte als Modus einer kritischen Auseinandersetzung mit den konkreten Bedingungen des Alltagslebens und den diesen eingeschriebenen Technologien der Macht ebenso wie die „Erzeugung von Strukturen affektiver *Gemeinsamkeit*“ (Grossberg 2000, 183; Hervorhebung B.B./B.S.) sind für ihn mögliche Anknüpfungspunkte für eine affektive Politik emanzipativen Handelns. Wie Mouffe betont auch Grossberg das politische Potenzial affektiver Identifikation, die bei ihm jedoch nicht identitätspolitisch zu begreifen ist, sondern sich vielmehr an sozialen und politischen Fragen orientiert.

Während Mouffe die Möglichkeiten einer demokratischen Integration von Leidenschaften entlang der Trennlinie zwischen agonistischer GegnerInnenschaft und antagonistischer Feindschaft festlegt, führt Grossberg eine Unterscheidung ein, welche die Frage nach Mobilisierung und/oder Instrumentalisierung von Affekten bzw. Leidenschaften mehrdimensional erschließt. Als theoretisch instruktiv begreifen wir nämlich seinen Vorschlag, Affekte nicht gleichzusetzen mit Emotionen, sondern lediglich als einen Anteil von Emotionen zu denken. Affekte sind demzufolge nur eine Form materieller und psychischer „Energie“, nicht jedoch konkrete Gefühle. Damit bezeichnen Affekte vor allem das Ausmaß des Involviertseins, weniger jedoch, in welchen konkreten Gefühlen – wie etwa Angst oder Wut – sich dieses Involviertsein ausdrückt. Konkrete Gefühle entstehen nämlich nach Grossberg erst, indem Politiken und Ideologien den Affekten Bedeutung verleihen. So können bestimmte Gefühle Teil herrschaftsförmiger Regierungstechniken werden, indem etwa Gefühle der Angst hervorgerufen und beispielsweise für die Akzeptanz sozialstaatlicher Entsicherung, aber auch für die Mobilisierung gegen MigrantInnen instrumentalisiert werden. Ob Affekte Grundlage politischen Handelns oder ein Aspekt von Herrschaftstechniken sind, hängt also auch davon ab, in welchen Kontexten und Zusammenhängen Affekte Bedeutung erlangen. Die analytische Differenzierung von Affekten und Gefühlen bietet damit einerseits die Möglichkeit, Affekte als zugleich emanzipativ und vermachtet zu denken; andererseits wird dadurch gerade die Notwendigkeit einer differenzierten Analyse der politischen und

ökonomischen Bedingungen verdeutlicht, um politische Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf Affekte bzw. Leidenschaften ausloten zu können. Ob es sich um Ermächtigung oder Vereinnahmung handelt, hängt dann nicht nur davon ab, ob möglichst exponierte Pole für eine leidenschaftliche Identifikation zur Verfügung stehen – wie Mouffe argumentiert; entscheidend ist vielmehr auch, inwiefern und in welchen politischen und ökonomischen Zusammenhängen Affekte bzw. Leidenschaften mobilisiert werden – wobei wir Leidenschaften im Sinne der Trennung Grossbergs als intensive und affirmative Form der Beteiligung begreifen.

5. „Emotionale Demokratie“? Ein Fazit

Die feministisch-machtkritische Perspektive hat aufgezeigt, dass die Trennung von Politik und Gefühlen eine herrschaftsförmige Trennung ist. Das Politik-Gefühle-Dispositiv war historisch Teil politischer Herrschaft und politischen Ausschlusses. Einer machtheoretischen Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Emotionen und Politik sollte es also um die Frage gehen, wie Gefühle produktiv für die Aufrechterhaltung oder Verschiebung von Herrschaftsverhältnissen eingesetzt werden. Dies gilt auch und gerade für gegenwärtige Transformationsprozesse und gegenwärtige Veränderungen von Regierungstechniken, in denen Gefühle eine neue diskursive Aufmerksamkeit erfahren und ihnen eine neue politische und gesellschaftliche Rolle zukommt. Trotz dieser Machtkritik, die die Instrumentalisierungsmöglichkeiten und -tendenzen von Gefühlen deutlich macht, darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass Gefühle auch emanzipatives Handeln motivieren und mobilisieren können, wofür sich sowohl Mouffe als auch Grossberg starkmachen. Während eine machtkritische Sicht auf Mouffes agonistisches Demokratiemodell Blindstellen aufspürt und den Rahmen für eine Theoretisierung emanzipativen emotionalen Handelns erweitert, können mit Grossbergs Vorschlag Wege aus der „Instrumentalisierungsfalle“ gedacht werden. Seine Intervention macht zudem deutlich, wie eine Differenzierung unterschiedlicher Begrifflichkeiten, konkret die Trennung von Affekten und Emotionen, die Perspektive auf eine demokratische Gefühlspolitik erweitern kann. So müssten beispielsweise angesichts jener gegenwärtigen neoliberalen Restrukturierungen nicht nur Gefühle von Unzufriedenheit oder Angst als politikrelevant konstatiert werden; vielmehr müsste einerseits hinterfragt werden, ob und wenn ja wie diese Gefühle auch aktiv hervorgerufen werden; andererseits müsste erörtert werden, was die Bedingungen dafür sind, dass diese Gefühle nicht unbedingt in eine Politik der Selbstregierung und des Selbstmanagements münden müssen, sondern als Unmut vielmehr Anstoß für Widerstand gegen diese neuen Machttechniken und damit affektive Ermächtigung sein können. Unser Vorschlag für eine „emotionale Demokratie“ lautet deshalb, Gefühle nicht einseitig im Sinne einer Entweder-oder-Logik zu fassen, sie also weder nur als irrational und instrumentalisierbar zu begreifen, noch sie ausschließlich affirmativ als demokratiepolitisches Potenzial zu zelebrieren. Vielmehr sollten Gefühle differenziert betrachtet und insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtigen Transformationsprozesse sowie deren veränderte herrschaftliche Wirkmächtigkeit problematisiert werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Begriffe Macht und Herrschaft werden nicht im Weber'schen Sinne unterschieden, sondern weisen beide auf eine Perspektive kritischer Politikanalyse hin, die Ausschließungs-, Marginalisierungs- und Ungleichheitsverhältnisse sichtbar machen will.

- 2 Wir verwenden in unserem Text die Begriffe „Emotionen“ und „Gefühle“ synonym und verstehen darunter komplexe Prozesse der Wahrnehmung und des Handelns, die kulturell konstruiert und interpretiert und mithin kontextbezogen verstehbar sind. Mouffe verwendet in diesem Sinne den Begriff „Leidenschaft“ (*passion*), Grossberg hingegen „Affekt“.
- 3 Die folgende Darstellung legt auf die Neukonfiguration der Hierarchisierung von öffentlich und privat, Ratio und Emotion sowie männlich und weiblich vor dem modernen Anspruch der Gleichheit Wert, wissend, dass Hierarchisierungen und Polarisierung von Sphären und Geschlechtern bereits in der Antike existierten.
- 4 Als deren Vertreter begreift Mouffe etwa Anthony Giddens, Ulrich Beck oder Jürgen Habermas.
- 5 So führt Mouffe den Aufstieg der FPÖ in Österreich unter Jörg Haider darauf zurück, dass dieser „im Kontext der Opposition zwischen ‚dem Volk‘ und den ‚Konsens-Eliten‘ einen mächtigen Pol kollektiver Identifikation“ (Mouffe 2007, 89) schaffen habe können.
- 6 Womit Grossberg allerdings nicht ausschließt, dass es nicht auch andere wirkmächtige Formen von Macht gibt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ahmed, Sara (2004). *The Cultural Politics of Emotion*, Edinburgh.
- Almond, Gabriel A./Sydney Verba (1965). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston.
- Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula (2007). Die Politisierung des Alltäglichen. Stellungskrieg um Subjektformen, in: A.G. Gender-Killer (Hg.): *Das Gute Leben. Linke Perspektiven auf einen besseren Alltag*, Münster, 175–193.
- Bologh, Roslyn Wallach (1990). *Love or Greatness. Max Weber and Masculine Thinking. Feminist Inquiry*, Boston.
- Bröckling, Ulrich (2005). Gleichgewichtsübungen. Die Mobilisierung des Bürgers zwischen Markt, Zivilgesellschaft und aktivierendem Staat, in: *spw* 2, 19–22.
- Crawford, June et al. (1992). *Emotion and Gender. Constructing Meaning from Memory*, London et al.
- Crouch, Colin (2004). *Post-Democracy*, Cambridge.
- Damasio, Antonio (2004). *Descartes' Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn*, Berlin.
- Elias, Norbert (1978). *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, Bd. 2, Frankfurt/Main.
- Flam, Helena (2002). *Soziologie der Emotionen*, Konstanz.
- Foucault, Michel (1983). *Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen*, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (2004). *Geschichte der Gouvernementalität*, Bd. 1 und 2, Frankfurt/Main.
- Frey, Bruno S. (2008). *Happiness: A Revolution in Economics*, Cambridge, MA/London.
- Grossberg, Lawrence (1992). *We gotta get out of this place. Popular conservatism and postmodern culture*, New York/London.
- Grossberg, Lawrence (2000). *What's Going on? Cultural Studies und Popularkultur*, Wien.
- Hanisch, Carol (2006 [1969/70]). *The Personal is Political*, Internet: <http://www.carolhanisch.org/CHwritings/PIP.html> (29.3.2010).
- Haslinger, Josef (1995). *Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich*, Frankfurt/Main.
- Heller, Agnes (1981). *Theorie der Gefühle*, Hamburg.
- Hirschman, A lbert O. (1977). *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before Its Triumph*, Princeton.
- Illouz, Eva (2006). *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus, Adorno-Vorlesungen 2004*, Frankfurt/Main.
- Illouz, Eva (2009). *Die Errettung der modernen Seele*, Frankfurt/Main.
- Klein, Ansgar/Frank Nullmeier (Hg.) (1999). *Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen*, Opladen.
- Kochinka, Alexander (2004). *Emotionstheorien. Begriffliche Arbeit am Gefühl*, Bielefeld.
- Lutz, Catherine A. (1988). *Unnatural Emotions. Everyday Sentiments on a Micronesia Atoll and their Challenge to Western Theory*, Chicago.
- Lutz, Catherine A. (1996). Engendered Emotion: Gender, Power, and the Rhetoric of Emotional Control in American Discourse, in: Ron Harré/Gerrod W. Parrott (Hg.): *The Emotions. Social, Cultural and Biological Dimensions*, London, 151–170.
- Maihofer, Andrea (1995). *Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*, Frankfurt/Main.
- Marcus, George E. (2002). *The Sentimental Citizen. Emotion in Democratic Politics*, University Park/Pennsylvania.
- Meyer, Thomas (2001). *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt/Main.
- Michalitsch, Gabriele (2006). *Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül*, Frankfurt/Main/New York.

- Mouffe, Chantal* (2002a). Für eine agonistische Öffentlichkeit, in: Okwui *Enwezor*/Carlos *Basualdo*/Ute Meta *Bauer*/Susanne *Gehz*/Sarat *Maharaj*/Mark *Nash*/Octavio *Zaya* (Hg.): Demokratie als unvollendeter Prozess. Documenta11_Plattform1, Ostfildern-Ruit, 101–112.
- Mouffe, Chantal* (2002b). Politics and passions. The stakes of democracy, Centre for the Study of Democracy. Internet: <http://www.wmin.ac.uk/ssh/pdf/Mouffe%20PDF%20.pdf>.
- Mouffe, Chantal* (2007). Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt/Main.
- Mouffe, Chantal* (2008). Das demokratische Paradox, Wien.
- Nussbaum, Martha C.* (1996). Compassion: The Basic Social Emotion, in: Ellen Frankel *Paul*/Fred D. *Miller*/Jeffrey *Paul* (Hg.): The Communitarian Challenge to Liberalism, Cambridge, 27–58.
- Nussbaum, Martha C.* (2001). Upheavals of Thought. The Intelligence of Emotions, Cambridge.
- Rancière, Jacques* (1995). On the Shores of Politics, London.
- Rastetter, Daniela* (1994). Sexualität und Herrschaft in Organisationen. Eine geschlechtervergleichende Analyse, Opladen.
- Rose, Nicolas* (2000). Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Ulrich *Bröckling*/Susanne *Krasmann*/Thomas *Lenke* (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/Main, 72–109.
- Sauer, Birgit* (1999). „Politik wird mit dem Kopfe gemacht“. Überlegungen zu einer geschlechtersensiblen Politologie der Gefühle, in: Ansgar *Klein*/Frank *Nullmeier* (Hg.): Masse – Macht – Emotionen. Zu einer Politischen Soziologie der Emotionen, Opladen, 200–218.
- Sousa, Ronald de* (1997). Die Rationalität des Gefühls, Frankfurt/Main.
- Van Treek, Werner* (2004). Gefühlskonstruktionen und Geschlechterverhältnisse, in: Urte *Helduser*/Daniela *Marx*/Tanja *Paulitz*/Katharina *Pühl* (Hg.): Under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis, Frankfurt/Main/New York, 119–126.
- Wasserman, Rudolf* (1986). Die Zuschauerdemokratie, Düsseldorf.
- Weber, Max* (1980). Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen.
- Weber, Max* (1993). Politik als Beruf, Stuttgart.
- Wöhl, Stefanie* (2007). Mainstreaming Gender. Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik, Königstein/Taunus.

AUTORINNEN

Brigitte BARGETZ, Mag.^a, IFK Junior Fellow (Wien), Lehrbeauftragte in Wien und Graz und Dissertantin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien; Forschungsschwerpunkte: Theorien des Politischen, feministische Theorien, Theorien des Alltags.

Korrespondenzadresse: IFK Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften, Reichratsstraße 17, 1010 Wien.

E-Mail: brigitte.bargetz@univie.ac.at

Birgit SAUER, Univ.-Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Forschungsschwerpunkte: Politik der Geschlechterverhältnisse, Gender und Governance/Critical-Governance-Studies, vergleichende Policy-Forschung.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Universitätsstraße 7, 1010 Wien.

E-Mail: birgit.sauer@univie.ac.at

Interpretative Sozialforschung: Prozess und Methoden



Ulrike Froschauer, Manfred Lueger

Interpretative Sozialforschung: Der Prozess

UTB: facultas.wuv 2009, 279 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-8252-3306-8
EUR 19,50 [A] / EUR 18,90 [D] / sFr 32,90

Der Band zeigt, wie die methodologischen Grundlagen interpretativer Sozialforschung bei der Organisation und Planung des Forschungsprozesses systematisch umgesetzt werden können. Die einzelnen Schritte eines Forschungsdesigns von der Formulierung der Fragestellung bis hin zur Berichterstellung werden beschrieben und an einem konkreten Forschungsbeispiel erläutert.



Manfred Lueger

Interpretative Sozialforschung: Die Methoden

UTB: facultas.wuv 2010, 279 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-8252-3307-5
EUR 19,50 [A] / EUR 18,90 [D] / sFr 32,90

Der Band präsentiert das methodische Spektrum interpretativer Sozialforschung. Neben der Durchführung und Analyse von Gesprächen und Beobachtungsverfahren werden auch Vorgangsweisen angesprochen, die im derzeit verfügbaren Methodenrepertoire nicht (Strukturdatenanalyse) oder nur in sehr eingeschränktem Maß (Artefaktanalyse) vorkommen. Die Darstellung der Methoden orientiert sich dabei durchgängig am methodologischen Kontext interpretativer Forschungsdesigns.

